

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 166. Ratssitzung vom 13. März 2013**

### **3708. 2011/352**

#### **Postulat von Roger Tognella (FDP) vom 21.09.2011:**

#### **Änderung von Art. 6 BZO, Realisierung von Kinderbetreuungsstätten auch bei Verletzung des Wohnanteils**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Roger Tognella (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1764/2011): Gemäss Art. 6. BZO ist bei einem Wohnanteil von 90 % eine Umnutzung als Kindertagesstätte nicht einfach möglich. Ich glaube, der Stadtrat hat unser Anliegen im Rahmen der BZO-Revision auf die Traktandenliste gesetzt und wird diese Bestimmung so anpassen, dass Kindertagesstätten auch bei Verletzung des Wohnanteils möglich sind.*

***Dr. Daniel Regli (SVP)** begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. Oktober 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Die FDP will via BZO-Änderung die familienexterne Betreuung forcieren. Aufgrund unseres konservativen Familienbilds können wir dieses Ansinnen nicht unterstützen. Die FDP will die Familie destabilisieren und vertritt somit kommunistisches bzw. sozialdemokratisches Gedankengut. Sie will die Kinder outsourcen; in die Obhut des Staats geben. Bei Krippenkindern kann man übermässig viele Stresshormone feststellen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Andrea Nüssli-Danuser (SP):** Das Volk hat entschieden, dass es mehr Kinderbetreuungsplätze braucht. Dies hat nichts damit zu tun, ob eine Familie intakt oder nicht intakt ist und ob sie nach den Vorstellungen von Dr. Daniel Regli (SVP) oder nach den Vorstellungen der heutigen Gesellschaft aufgebaut ist. Es muss ein Weg gefunden werden, die veralteten Normen den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Die SP unterstützt den Vorstoss.*

***Severin Pflüger (FDP):** Die ausufernden Ausführungen von Dr. Daniel Regli (SVP) zeugen von Realitätsfremdheit und verraten, dass nicht viel dahinter steckt. Fremdbetreuung hat nichts mit «fremd» zu tun; sie ist einfühlsam und auf die Bedürfnisse der Kinder zugeschnitten. Die Kernfrage ist, ob sich Kinderbetreuung unter Wohnnutzung subsumieren lässt. Wir möchten erreichen, dass an Orten, wo gewohnt wird, auch Kinderbetreuung stattfinden kann. Bei Marx und Engels steht übrigens, dass die Kinder von der Maschine wieder zurück in den Schoss der Familie gegeben werden sollen, damit sie eine richtige Erziehung erhalten. In diesem Punkt stimme ich tatsächlich mit den beiden überein.*

2 / 2

**Roger Tognella (FDP):** Die FDP steht tatsächlich ein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in die Marxistische Ecke kann man uns hingegen nicht stellen. Das Votum von Dr. Daniel Regli (SVP) kann ich nicht goutieren.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Weitere wissenschaftliche Beweise sind: Die Hirnlappen entwickeln sich bei Krippenkindern anders. Weiter haben laut dem Barmer Arztreport 2012 34 % aller Kinder, die eingeschult werden, Sprachprobleme. Mit Logopädie lassen sich wohl Verbesserungen herbeiführen, doch was im Kinderherz abgeht, kann nicht einfach geflickt werden. Die Familie war in allen Zeitaltern die Kernzelle des Staats. Kinder gehören in die Familie, dort haben sie das Urvertrauen, die kognitiven, sozialen und handwerklichen Fähigkeiten zu lernen. Das Gute muss konserviert werden. Wir sagen, es ist die Aufgabe von Vater und Mutter, für ihre Kinder da zu sein. Liebe, Verzicht und Treue kann man nicht outsourcen!

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Der Vorstoss geht auf den geplanten Hort neben dem Schulhaus Ilgen zurück. Der Fall liegt im Moment beim Bundesgericht. Laut dem Verwaltungsgericht muss eine generelle Rechtsgrundlage geschaffen werden. Mit einer Änderung der BZO lässt sich dies bewerkstelligen. Wir wollten nicht den Bundesgerichtsentscheid abwarten, sondern sofort aktiv werden. Deshalb liegt die entsprechende Änderung bereits öffentlichen auf. In diesem Sinn ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen, denn dieses planungsrechtliche Problem muss gelöst werden. Wohnen und Kinder gehören auch in einer Stadt zusammen.

Das Postulat wird mit 91 gegen 25 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat